

DIE LINKE

Datum: 2014-03-10

Antrag zur Sache
B-5572/2014**Drucksachen-Nr.**
A-5039/2014

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Stadtverordnetenversammlung	11.03.2014

Titel:**Abänderung Haushaltssatzung 2014 - Verbleib Rücklage aus den Stellplatzablösebeträgen****Beschluss:**

Die Haushaltssatzung wird dahin abgeändert, dass der Betrag von 83.900,00 € in der Rücklage aus den Stellplatzablösebeträgen verbleibt.

„Durch die Verwaltung ist ein Parkplatzkonzept für das Bahnhofsumfeld zu entwickeln.“ *)

*) Ergänzt in der Stadtverordnetenversammlung am 11.03.2014 durch die Fraktion DIE LINKE.

Begründung:

Im Umfeld des Luckenwalder Bahnhofes besteht ein erheblicher Bedarf an PKW-Stellplätzen. Dieser Bedarf wird schon heute kaum abgedeckt. Spätestens mit Inbetriebnahme der Feuerwehr am Standort Dessauer Straße wird sich die Situation noch deutlich verschärfen, da auf der Dessauer Straße die Parkmöglichkeiten eingeschränkt werden.

Es ist daher für die Entwicklung der Stadt Luckenwalde wichtig, ein für die Zukunft tragfähiges Parkplatzkonzept im Bahnhofsumfeld zu erstellen. Dazu halten wir es für dringend erforderlich, auf der freibleibenden Fläche des ehemaligen Gaswerkgeländes, eine weitere größere Parkplatzfläche herzustellen. Welche Kosten dafür erforderlich sind, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. In der Rücklage aus den Stellplatzablösegebühren befindet sich ein Betrag von ca. 500 T€. In der Abwägung des großen Allgemeininteresses an ausreichend Parkmöglichkeiten im Bahnhofsumfeld, halten wir die Investition von ca. 20 % der gesamten Rücklagen für den Bau von 9 bis maximal 11 Parkplätzen auf der Brandenburger Straße für nicht verhältnismäßig. Die Unverhältnismäßigkeit wird noch verstärkt, da die beabsichtigten Parkplätze lediglich dem unmittelbar an den Parkbuchten befindlichen Anlieger nützen. Für andere Gewerbebetriebe an der Brandenburger Straße haben die Parkbuchten keinen Nutzen. Auch steht zu befürchten, dass weitere Anlieger der Brandenburger Straße für sich das Recht in Anspruch nehmen, von der Stadt ebenso behandelt zu werden, wie der bevorzugte Anlieger.

Erik Scheidler
Fraktionsvorsitzender